

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Klare Kante ohne viel Radau“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, 54 (CSU), über den Attentäter Anders Breivik, Panzerexporte nach Saudi-Arabien und das angemessene Auftreten eines Innenministers

SPIEGEL: Herr Minister, nach den Attentaten von Norwegen ist eine Diskussion über den politischen Hintergrund entbrannt. Ist Anders Breivik ein Wahnsinniger oder der erste antimuslimische Terrorist?

Friedrich: Er ist ein Wahnsinniger, aber nicht nur. Wahnsinn meine ich nicht in einem medizinischen Sinn. Eine solche Tat, bei der jemand kaltblütig Kinder erschießt, die verzweifelt um ihr Leben flehen, ist für jeden Normalempfindenden unfassbar. Zu dem Wahnsinn müssen andere Faktoren hinzugekommen sein, die diese Tat ermöglicht haben. Es wird jetzt untersucht, welche das sind.

SPIEGEL: Ist so ein Anschlag auch in Deutschland möglich?

Friedrich: Uns machen radikalisierte Einzeltäter zunehmend Sorgen. Die tödlichen Schüsse am Frankfurter Flughafen auf amerikanische Soldaten wurden ebenfalls von einem Einzeltäter abgegeben, der sich im Internet radikalisiert hatte, in diesem Fall als Islamist. Wir haben immer mehr Menschen, die sich von ihrer sozialen Umgebung isolieren und allein in eine Welt im Netz eintauchen. Dort verändern sie sich, meist ohne dass es jemand bemerkt. Darin liegt eine große Gefahr, auch in Deutschland.

SPIEGEL: Hat sich die Politik zu wenig um das extremistische, antiislamische Milieu gekümmert, das in den letzten Jahren in Europa entstanden ist?

Friedrich: Es gibt immer Abwehrreaktionen gegen das Fremde. Diese Abwehrreflexe müssen wir durch Prävention und Aufklärung in einen rationalen Diskussionsprozess überführen. In Deutschland ist uns das bisher ganz gut gelungen. Wir sind ein weltoffenes Land.

SPIEGEL: Und dennoch gibt es auch bei uns eine wachsende Strömung, die vor allem im Internet gegen den Islam Stimmung macht und vor einer angeblich drohenden Überfremdung warnt. Breivik ist mit seinem Gedankengut offenbar nicht allein.

Friedrich: Zwischen den kruden politischen Thesen, wie sie mancher islamfeindliche Blog im Internet verbreitet, und einem Massenmord, wie Breivik ihn begangen hat, liegt ein weiter Weg. Aber Sie haben natürlich recht: Es gibt bestimmte politische Meinungen in diesem Umfeld, bei denen man erschrocken darüber ist, wie unreflektiert und voller Vor-



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Konservativer Friedrich: „Sarrazin war ein Indikator, dass beim Thema Islam etwas gärt“

urteile sie sind. Man muss aber auch sehen, dass der Missbrauch des Islam durch islamistische Gewalttäter dazu beigetragen hat.

SPIEGEL: Anders Breivik nimmt für sich in Anspruch, im Namen des Christentums gehandelt zu haben. Missbraucht er das Christentum damit auf ähnliche Weise,

wie Osama Bin Laden den Islam missbrauchte?

Friedrich: Jemand, der Leib und Leben und die Würde des Menschen missachtet, kann sich nicht aufs Christentum berufen.

SPIEGEL: Haben Politiker wie der Niederländer Geert Wilders oder Blogger wie der von Breivik häufig zitierte und mitt-

lerweile enttarnte „Fjordman“ dem Attentäter den Weg geebnet?

Friedrich: Politisch motivierte Täter wie Breivik finden heute vor allem im Internet jede Menge radikaler, undifferenzierter Thesen, sie können sich dort von Blog zu Blog hangeln und bewegen sich nur noch in dieser geistigen Sauce. Irgendwann kann sich das zu einem geschlossenen Weltbild zusammenfügen. Aber daran sieht man: Das Internet stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Die Grundsätze unserer Rechtsordnung müssen auch im Netz gelten. In der demokratischen Auseinandersetzung streiten wir mit offenem Visier auf Basis unserer verfassungsmäßigen Spielregeln. Warum sollte das im Internet anders sein? Ich weiß, dass mir das in der Netzgemeinde wüste Beschimpfungen einbringen wird, aber warum müssen Fjordman und andere anonyme Blogger ihre wahre Identität nicht offenbaren? Normalerweise stehen Menschen mit ihren Namen für etwas ein. Warum nicht auch ganz selbstverständlich im Internet?

SPIEGEL: Wo verläuft die Grenze zwischen einem legitimen Diskurs und rassistischer oder rechtsextremer Hetze?

Friedrich: Die Grenze wird durch unsere Verfassung gezogen. Es kann keine Rechtfertigung dafür geben, die Würde anderer Menschen anzutasten, egal ob es um eine politische oder eine religiöse Auffassung geht. Das ist unser rechtsstaatlicher Grundkonsens.

SPIEGEL: Haben Sie bei der Debatte um Thilo Sarrazins Thesen den Eindruck, dass diese Grenze überschritten wurde?

Friedrich: Die Sarrazin-Debatte hat gezeigt, dass es zum Thema Islam eine Stimmung und einen Gesprächsbedarf gibt, die sich weder in der veröffentlichten Meinung noch in der Politik widerspiegeln. Dem haben wir zuvor nicht hinreichend Rechnung getragen, und deswegen war diese Debatte notwendig. Wir dürfen es nicht zulassen, dass unterhalb der öffentlichen Diskussion etwas schwelt, dass dort Menschen sind, die wir am Ende nicht mehr erreichen. Über solche Themen, wie sie in der Sarrazin-Debatte diskutiert wurden, müssen wir reden, auch wenn das der Political Correctness widersprechen mag.

SPIEGEL: Sarrazin hat also nicht unzulässig radikalisiert, sondern war ein notwendiges Ventil?

Friedrich: Sarrazin hat radikalisiert, aber er war ja nur ein Indikator dafür, dass beim Thema Islam etwas gärt, was wir so nicht wahrgenommen haben. Die Diskussion müssen wir führen.

SPIEGEL: Sarrazin strapaziert rassistische Klischees. Wir vermissen in dieser Debatte eine klare Grenzziehung zwischen seriösen Argumenten und unzulässiger Polemik.

Friedrich: In unserem Land kann jeder, der die Meinungs- und Religionsfreiheit

beachtet, offen diskutieren. Entscheidend ist, dass Thilo Sarrazin ein Thema angesprochen hat, das viele Menschen bewegt. Natürlich gibt es zahlreiche Beispiele hervorragend gelungener Integration, aber es gibt auch Ghettobildung und mangelhafte Integration. An der Sarrazin-Exegese im Einzelnen will ich mich nicht beteiligen.

SPIEGEL: Der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg fordert nach den

ging es dabei um die Frage nach der Identität Deutschlands. Diese Identität ist durch das Christentum und die Aufklärung geprägt, nicht durch den Islam. Das muss ich nicht relativieren.

SPIEGEL: Die „New York Times“ hat daraufhin geurteilt, Sie hätten einen „verstörenden, widerlichen Start“ gehabt. Es sei schwer vorstellbar, wie Sie ein Minister auch für die deutschen Muslime sein könnten.



Zerstörungen in Oslo nach dem Anschlag: „Er ist ein Wahnsinniger, aber nicht nur“

Anschlägen mehr Anstand in der Debatte. Gilt das auch für Deutschland?

Friedrich: Wir haben in vielen europäischen Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich mittlerweile sehr radikale Meinungen, die in der politischen Debatte aufeinandertreffen. Ich bin froh, dass wir in Deutschland eine Diskussionskultur haben, die nicht in diese Radikalität abgeglitten ist.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum es im deutschen Bundestag keine Partei wie die Fortschrittspartei in Norwegen oder einen Wilders gibt?

Friedrich: Uns ist es gelungen, fremdenfeindlichen Thesen den Boden zu entziehen. Dadurch ist für solche Parteien bei uns kein Platz. Die Parteien haben sich vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen in Deutschland bemüht, das gesamte demokratische Spektrum abzudecken. Franz Josef Strauß hat das für die CSU auf die Formel gebracht, dass es rechts von der CSU keine demokratische Partei geben darf.

SPIEGEL: An Ihrem ersten Amtstag sagten Sie: „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich aus der Historie nirgends belegen lässt.“ Würden Sie den Satz nach Oslo so noch einmal sagen?

Friedrich: Ach, kommen Sie, das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun! Mir

Als ersten Satz habe ich damals gesagt, dass die Muslime, die in Deutschland leben, selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind, aber den haben viele ignoriert, weil es nicht in das Bild passte, das von mir gezeichnet werden sollte.

SPIEGEL: Sie haben für einen interreligiösen Dialog plädiert. Wird dieser Dialog durch die Anschläge gestört?

Friedrich: Auf keinen Fall. Wir müssen weiter für Toleranz werben und einen Dialog führen, der allen gerecht wird – nicht nur der Minderheit, die in unser Land kommt, sondern auch der Mehrheit, die hier lebt.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie haben im Bundessicherheitsrat dem Verkauf von „Leopard“-Panthern an Saudi-Arabien zugestimmt. Warum?

Friedrich: Sie wissen doch, dass ich darüber nicht reden kann. Abstimmungen im Bundessicherheitsrat sind geheim.

SPIEGEL: In den Richtlinien der Bundesregierung heißt es für Länder wie Saudi-Arabien: „Der Export von Kriegswaffen wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen (...) für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.“ Rechtfertigt Saudi-Arabiens Rolle am Golf diese Ausnahme?

Friedrich: Die Saudis sind in einer außerordentlich labilen Region ein stabilisierender Faktor, den man nicht unterschätzen darf. Der Dialog mit der Regierung in Riad ist wichtig für uns, weil wir nur so Einfluss nehmen können. Wir sind froh, dass wir am Arabischen Golf einen solchen Partner haben, mit dem wir beispielsweise über internationale Terrorismusbekämpfung reden können und der uns hilft.

SPIEGEL: Bereitet es Ihnen keine Bauchschmerzen, eine Regierung aufzurüsten, die von westlichen Demokratievorstellungen meilenweit entfernt ist?

Friedrich: Wir rüsten keine Regierung auf. Wir unterstützen die saudische Grenzpolizei bei der Ausbildung ihrer Polizisten. Wir zeigen ihnen, wie man Grenzen sichert.

SPIEGEL: Sind Panzer, die auch gegen Demonstranten eingesetzt werden können, ebenfalls demokratiefördernd?

Friedrich: Sie können es nicht lassen, oder?

SPIEGEL: Wir meinen, dass es einer Demokratie angemessen wäre, wenn die Regierung der Öffentlichkeit mitteilt, wohin sie Waffen zu verkaufen gedenkt.

Friedrich: Wissen Sie überhaupt, ob eine solche Lieferung stattgefunden hat?

SPIEGEL: Die Öffentlichkeit weiß durch eine Meldung im SPIEGEL, dass es eine Anfrage der Saudis gibt, die der Bundes-



MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Friedrich (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Ich muss nichts relativieren“

sicherheitsrat positiv beschieden hat. Und wir alle haben die Bilder saudischer Panzer gesehen, die unlängst nach Bahrain gerollt sind, um dort zu helfen, Demonstrationen niederzuschlagen.

Friedrich: Wenn die Regierung sich entscheidet, Vorgänge aus dem Bundessicherheitsrat nicht mehr als geheim einzustufen, dürfen Sie mich gern wieder fragen.

SPIEGEL: Die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul kritisiert, der Export sei „eine katastrophale Entscheidung“, mit der ein despotisches System unterstützt werde.

Friedrich: Frau Wieczorek-Zeul war Mitglied der rot-grünen Bundesregierung. Sie

* Georg Mascolo, Holger Stark in Berlin.

sollte sich eine Liste besorgen, in welche Länder die damalige Bundesregierung Waffen exportiert hat. Das waren auch keine Angelgeräte.

SPIEGEL: Wir wüssten zumindest noch gern, ob Ihnen eine Entscheidung mit solcher Tragweite persönlich schwerfällt.

Friedrich: (*schweigt lange*) Als Politiker gibt es Entscheidungen, die leichterfallen, und solche, die schwerfallen, weil man sie in besonderer Weise vor sich rechtfertigen muss. Fragen Sie mich nicht, welche Entscheidung in welche Kategorie fällt.

SPIEGEL: In der öffentlichen Wahrnehmung werden Sie mal als liberaler Konservativer, mal als Hardliner beschrieben. Wie sehen Sie selbst Ihre Rolle?

Friedrich: Seit ich in der Politik bin, sind einige Journalisten immer wieder überrascht, dass ich ihren Klischees nicht entspreche. Was Sie ansprechen, ist keine Frage der Inhalte, sondern des Politikstils.

SPIEGEL: In der Union war das Amt des Innenministers bislang meist mit einem polternden Stil verbunden, um damit die konservativen Wähler anzusprechen.

Friedrich: Ich sehe das anders. Eine klare Kante muss man nicht immer mit viel Radau vortragen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.